

Ergänzung zum
Geschäftsbericht
der GdP Frauengruppe Hessen

kompetent
schlagfertig
flexibel
aktuell



Berichtszeitraum: 1. September 2009 bis 29. Oktober 2009

**Bundesweite Fachtagung
für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
am 23. und 24. September 2009 in Fulda**

Der zügige Aufbau einer stärkeren bundesweiten Vernetzung zwischen den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in der Polizei und der Gewerkschaft der Polizei ist gleichermaßen Ergebnis wie Auftrag dieses ersten Erfahrungs- und Informationsaustausches.

Rund 100 Teilnehmerinnen hatten in Fulda auf Einladung der GdP unter Leitung der Bundesfrauenvorsitzenden Sandra Temmen zwei Tage lang die Arbeitsbedingungen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten analysiert, die Chancengleichheit in der Polizei kritisch hinterfragt und die Zielsetzungen der Gleichstellung diskutiert. Zitat von Elke Gündner-Ede, für



Frauen- und Gleichstellungspolitik verantwortliches Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes: „Als größte Arbeitnehmervertretung in der Polizei sieht sich die GdP in der Pflicht, für die Umsetzung der Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in den Dienststellen zu streiten. Dazu müssen die Regelungen des AGG in den Dienststellen bekannter gemacht und dort für dieses Instrument der Gleichstellungspolitik offensiv geworben werden.“

Stark vertreten auf dieser Tagung waren einige unserer hessischen Frauenbeauftragten

(v.l.n.r.: Marion Herzog (HLKA), Sandra Temmen, Renate Bauer (PP NH), Gerda Strache (PP OH), Birgit Klee-Sachse (PP WH), Ellen Gödde (PP SOH) und Rebecca Gerstberger (HBPP)

Dringend müssen die sich aus dem Legalitätsprinzip und dem fehlenden Zeugnisverweigerungsrecht ergebende Rechtsunsicherheit für Gleichstellungsbeauftragte beendet werden. Ein juristisches Gutachten und klare rechtlichen Regelungen in dieser Frage, sollten bald die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten erleichtern.“ Sie forderte zudem einheitliche Bewertungsmaßstäbe, um diskriminierungsfreie Bezahlung zu ermöglichen: „Die GdP ist gefordert, sich für geschlechtergerechte Beurteilungen als Voraussetzung für diskriminierungsfreie Bezahlung und faire Aufstiegschancen einzusetzen.“

Auch der Bundesvorsitzende Konrad Freiberg sicherte in seinem Statement den Gleichstellungsbeauftragten in der Polizei die Unterstützung seiner Organisation zu. „Kein Bereich innerhalb der Polizei ist für Frauen tabu. Viel hat sich dadurch für die Geschlechter verändert, doch besser werden muss noch einiges. Gleichstellungsbeauftragte sind oft Einzelkämpferinnen. Die GdP will sie in ihrer Arbeit stärken.“

2. Ordentliche Bezirksfrauenkonferenz des DGB-Bezirk



Hessen-Thüringen

„Quo vadis Frauenpolitik?“

am Samstag, 26. Oktober 2009 im Frankfurter Gewerkschaftshaus

Die Arbeit der DGB-Gewerkschaftsfrauen wurde von den gleichen Themen bestimmt, wie vor vier Jahren. Von der Gleichberechtigung der Frauen sind wir soweit entfernt wie damals, in einigen Bereichen müssen wir sogar Rückschritte feststellen, wie etwa bei prekärer Beschäftigung und drohender Altersarmut. Viele der Forderungen sind öffentlich diskutiert worden, sie wurden jedoch oft nicht berücksichtigt bzw. blieben bei ihrer Umsetzung in Kinderschuhen stecken. Es muss weiterhin konsequent daran gearbeitet werden, die Gleichberechtigung von Frauen voran zu treiben. Der Kampf gegen diese prekäre Beschäftigung und Altersarmut stehen weiterhin auf der Tagesordnung wie die Forderung nach gesetzlicher Gleichstellung von Frauen in der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst. Die DGB-Frauen aus Hessen und Thüringen müssen und werden vor diesem Hintergrund entschlossener und geschlossener agieren, um gemeinsam in Politik und Gesellschaft den Druck zu erhöhen und erfolgreicher zu sein.

"Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und "Gerechte Aufstiegschancen für Frauen" - das waren die zentralen Themen auf der 2. Ordentlichen Bezirksfrauenkonferenz. Ca. 60 Delegierte der 8 Einzelgewerkschaften diskutierten im Frankfurter Gewerkschaftshaus, wie sie die Situation für Frauen in Hessen und Thüringen verbessern können.

Vor der Konferenz machten Gewerkschafterinnen mit Schurrbärten und der Fotoaktion "Ich bin mehr wert" darauf aufmerksam, dass Frauen immer noch im Schnitt 23 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Das gilt z.B. für Ingenieurinnen, Journalistinnen und EDV-Expertinnen.

"Die Gleichstellungsgesetze der Länder müssen konsequent umgesetzt und auf Frauen in der Privatwirtschaft übertragen werden", forderte Claudia Menne vom Referat Gleichstellung und Frauenpolitik im DGB Bundesvorstand Berlin. Außerdem forderte sie: "Frauen in die Aufsichtsräte", damit sie höhere Tarife für Frauen aushandeln. Denn im Niedriglohnssektor arbeiten zu 70 % Frauen.

Ehrengast der Konferenz war die ehemalige Frauensekretärin des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen: Marita Eilrich. Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen Stefan Körzell dankte ihr für 23 Jahre Engagement in der Frauen- und Gleichstellungspolitik, zunächst im Landesbezirk Hessen und dann im Bezirk Hessen-Thüringen.

Die neue DGB Bezirksfrauensekretärin Elke Drewes will die engagierte Arbeit ihrer Vorgängerin fortsetzen und sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, höhere Ein-

kommen und bessere Aufstiegschancen für Frauen einsetzen. Denn, so Drewes: "Wir haben zwar eine Barbara Kux im Siemensvorstand und eine Bundeskanzlerin Angela Merkel. Aber zwei Schwalben machen noch keinen Sommer."

Der Hessische Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit, Jürgen Banzer will sich dafür einsetzen, dass die Positionen der DGB-Frauen in einen neuen Entwurf des hessischen Gleichberechtigungsgesetzes einfließen, sagte er in einem Grußwort.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Thüringen Johanna Arenhövel erklärte, dass sie sich in Thüringen für eine Novelle des Gleichstellungsgesetzes stark macht. Das neue Gesetz soll Sanktionen vorsehen, wenn Verwaltungsdirektionen nicht paritätisch besetzt werden. Die Forderung nach mehr Frauen in Führungspositionen solle in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden, so Arenhövel.

← GENDER MAINSTREAMING →



Am 7. und 8. Oktober 2009 wurden die Genderbeauftragten aus den Kreis- und Bezirksgruppen und die, die es noch werden wollten, zu einem 1. Gender-Mainstreaming-Seminar nach Willingshausen-Zella eingeladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten ausführlich im Anschluss einer gelungenen Einführung in das Thema durch die Seminarleiterin Sylvia

Neuhäuser-Metternich, wie das Prinzip Gender Mainstreaming in der GdP umgesetzt werden könnte. Zahlreiche Ideen wurden entwickelt, die in den nächsten Wochen und Monaten umgesetzt werden sollen. Zeitnah soll ein GdP-Information-Flyer zum Thema aufgelegt werden. Ausführliche Berichterstattungen erfolgen in den nächsten Ausgaben der Deutschen Polizei.

**Eure
Sandra Temmen**